

DATENSCHUTZINFORMATIONEN FÜR HINWEISGEBENDE PERSONEN (M/W/D) UNSER UMGANG MIT IHREN DATEN UND IHRE RECHTE INFORMATIONEN NACH ART. 13, 14, 21 DER DATENSCHUTZ-GRUNDVERORDNUNG (DS-GVO)

Mit den nachfolgenden Informationen geben wir Ihnen als Hinweisgebende Person (m/w/d) einen Überblick über die Verarbeitung der Sie betreffenden personenbezogenen Daten im Rahmen des Hinweissystems durch uns und durch von uns beauftragter Dienstleister sowie über die Ihnen zustehenden Rechte.

1. WER IST FÜR DIE DATENVERARBEITUNG VERANTWORTLICH UND AN WEN KANN ICH MICH WENDEN?

Verantwortliche Stelle ist die

GDI Gesellschaft für Datenschutz und Informationssicherheit mbH
Körnerstr. 45, 58095 Hagen
Telefon: +49 (0) 2331/356832-0
E-Mail: datenschutz@gdi-mbh.eu

Unsere Datenschutzbeauftragten erreichen Sie unter:

Herr Dipl.-Inform. Olaf Tenti
Körnerstr. 45, 58095 Hagen
Telefon: +49 (0) 2331/356832-0
E-Mail: datenschutz@gdi-mbh.eu

2. WELCHE QUELLEN UND DATEN NUTZEN WIR?

Als Betreiber eines Hinweissystems wurden wir von unseren Auftraggebern mit den Aufgaben einer internen Meldestelle im Sinne des Hinweisgeberschutzgesetz (HinSchG) beauftragt.

Die Datenverarbeitung durch das Betreiben des Hinweissystems dient der Entgegennahme von Hinweisen auf Rechtsverletzungen.–In diesem Rahmen werden durch Sie eigene personenbezogene Daten angegeben, die insbesondere in Form von Kontaktdaten (E-Mail-Adresse, Telefonnummer) sowie in Form des eigenen Namens oder eines Pseudonyms vorliegen können. Des Weiteren können personenbezogene Daten verarbeitet werden, die ggf. Inhalt Ihrer Meldung sind.

Darüber hinaus kann im Rahmen erforderlicher Ermittlungen zu der Rechtsverletzung, auf die sich der Hinweis bezieht, Einsicht in weitere Daten genommen werden, die bei uns bereits vorliegen, oder von Dritten im Rahmen von Befragungen erlangt werden. Dabei kann es sich auch um besondere Kategorien personenbezogener Daten handeln, die gesetzlich besonders geschützt sind (hierunter fallen etwa Gesundheitsdaten oder politischen und religiösen Ansichten). Daten, die Sie betreffen, werden bei Dritten erhoben, wenn die Ermittlungen einen Zusammenhang mit Ihrer Person ergeben, oder Dritte aus sonstigen Gründen Daten zu Ihrer Person im Rahmen der Befragungen mitteilen.

Sie betreffende personenbezogene Daten werden zu dem Hinweis bzw. der hierzu angelegten Akte gespeichert und im Rahmen der Ermittlung und Auswertung des tatsächlichen Sachverhalts berücksichtigt. Hierbei werden personenbezogene Daten, wenn es zur Erfüllung gesetzlicher Verpflichtungen (vergleiche unter Ziffer 3.1.) notwendig ist, auch Teil eines geeigneten Abschlussberichts. Ist die Aufnahme Sie betreffender personenbezogener Daten nicht zur Erreichung des Ermittlungszwecks erforderlich, werden diese Daten nur dann aufgenommen, wenn Sie Ihre Einwilligung erteilt haben (vergleiche dazu unter Ziffer 3.3) oder eine andere Rechtsgrundlage wie unter Ziffer 3 beschrieben besteht.

3. WOFÜR VERARBEITEN WIR IHRE DATEN (ZWECK DER VERARBEITUNG) UND AUF WELCHER RECHTSGRUNDLAGE?

Im Folgenden informieren wir Sie darüber, wofür und auf welcher Rechtsgrundlage wir Ihre Daten verarbeiten.

3.1 ZUR ERFÜLLUNG RECHTLICHER VERPFLICHTUNGEN (ART. 6 ABS. 1 LIT. C DS-GVO IN VERBINDUNG MIT §§ 10, 12 HINWEISGEBERSCHUTZGESETZ – HINSCHG)

Wir verarbeiten personenbezogene Daten in Verbindung mit dem Hinweissystem zur Erfüllung einer rechtlichen Verpflichtung, die von unseren Auftraggebern an uns übertragen wurde (vergleiche §§ 10, 12 HinSchG).

Als Betreiber eines Hinweissystems sind wir befugt, personenbezogene Daten zu verarbeiten, soweit dies zur Erfüllung unserer in § 13 HinSchG bezeichneten Aufgaben erforderlich ist.

Die Verarbeitung personenbezogener Daten erfolgt zum Zwecke der Entgegennahme und Bearbeitung Ihrer Meldung nach §§ 17, 18 HinSchG (unter anderem Prüfung der Meldevoraussetzungen, Ergreifen von Folgemaßnahmen, Information und Rückmeldung über die weiteren Maßnahmen).

Besondere Kategorien personenbezogener Daten dürfen wir verarbeiten, wenn dies zur Erfüllung unserer Aufgaben erforderlich ist (§ 10 S. 2 HinSchG).

Soweit unsere Tätigkeiten auf Grundlage des Hinweissystems über gesetzliche Verpflichtungen hinausgehen, erfolgt die Verarbeitung auf Grundlage einer Interessenabwägung gemäß Ziffer 3.2 sofern keine andere Rechtsgrundlage vorliegt.

3.2 IM RAHMEN DER INTERESSENABWÄGUNG (ART. 6 ABS. 1 LIT. F DS-GVO)

Wir können Ihre Daten außerdem auf Basis einer Interessenabwägung zur Wahrung der berechtigten Interessen von uns oder von Dritten verwenden.

Ein berechtigtes Interesse liegt insbesondere in der weiteren Aufklärung (vermuteter) Rechtsverletzungen, wobei die Rechtsverletzung zu unseren Lasten erfolgen kann (etwa, wenn eine Straftat zu unseren Lasten vorliegen kann oder Hinweise darauf bestehen, dass unsere Beauftragte uns treffende Pflichten nicht erfüllt haben) oder zu Lasten Dritter erfolgen.

Erfolgt eine Rechtsverletzung zulasten Dritter, so werden personenbezogene Daten bei Erforderlichkeit für die Rechtsdurchsetzung von Dritten im Einzelfall an die Dritten übermittelt, soweit nicht der Übermittlung widersprochen wird und/oder die Interessenabwägung zulasten des Dritten ausfällt.

3.3 AUFGRUND IHRER EINWILLIGUNG (ART. 6 ABS. 1 LIT. A DS-GVO)

Soweit Sie uns Ihre Einwilligung zur Verarbeitung von personenbezogenen Daten erteilt haben, ist die jeweilige Einwilligung Rechtsgrundlage für die dort genannte Verarbeitung. Eine Einwilligung kann jederzeit widerrufen werden. Der Widerruf wirkt erst für die Zukunft. Verarbeitungen, die vor dem Widerruf erfolgt sind, sind davon nicht betroffen. Ein Widerruf kann an die unter Ziffer 1 benannte Stelle erfolgen.

4. WER ERHÄLT MEINE DATEN?

Ihre personenbezogenen Daten, die von uns im Rahmen unserer Hinweisgeber-Meldestelle für die unter 2. genannten Zwecke verarbeitet werden, übermitteln wir grundsätzlich nicht an Dritte.

Innerhalb unseres Hauses erhalten diejenigen Stellen personenbezogene Daten, welche die Daten zur Erfüllung vertraglicher, gesetzlicher oder behördlicher Pflichten oder zur Erfüllung ihrer jeweiligen Aufgaben benötigen.

Eine Weitergabe personenbezogener Daten findet, soweit dadurch nicht der Verarbeitungszweck vereitelt wird, nur statt, soweit Sie in die konkrete Datenübermittlung im Einzelfall eingewilligt haben.

Erteilen Sie keine Einwilligung, werden die Sie betreffenden personenbezogenen Daten anonymisiert, soweit der Verarbeitungszweck das zulässt. Falls eine Anonymisierung nicht möglich ist, werden Ihre Daten pseudonymisiert. Dies gilt auch für die Übermittlung personenbezogener Daten an unsere Auftraggeber, die uns mit den Aufgaben einer internen Meldestelle beauftragt haben.

Darüber hinaus können folgende Stellen personenbezogene Daten erhalten:

- eingesetzte Auftragsverarbeiter (Art. 28 DS-GVO), insbesondere im Bereich IT-Dienstleistungen, die Ihre Daten weisungsgebunden verarbeiten;
- öffentliche Stellen und Institutionen (z. B.: Strafverfolgungsbehörden) bei Vorliegen einer gesetzlichen, behördlichen oder gerichtlichen Verpflichtung sowie
- sonstige Stellen, betreffend derer Sie eine Einwilligung zur Datenübermittlung erteilt.

5. WIE LANGE WERDEN DIE DATEN GESPEICHERT?

Personenbezogene Daten werden gelöscht, sobald der Zweck ihrer Verarbeitung erreicht ist, und wir keinen Aufbewahrungspflichten mehr unterliegen. Dies sind rechtliche Verpflichtungen zur Vorhaltung von Daten, z. B. aus dem Handelsgesetzbuch oder den Steuergesetzen. Diese Aufbewahrungspflichten können auch im Verfahren nach dem Hinweissystem relevant sein.

Im Übrigen werden personenbezogenen Daten gemäß § 11 Abs. 5 HinSchG drei Jahre nach Abschluss des Verfahrens gelöscht.

Personenbezogene Daten werden allerdings nicht gelöscht, soweit diese zur Durchsetzung von oder Verteidigung gegen Rechtsansprüche (insbesondere Regressforderungen zu unseren Gunsten) erforderlich werden können. Soweit Ansprüche von oder gegen uns in Betracht kommen oder die Informationen zum Nachweis von Tatsachen in gerichtlichen oder behördlichen Verfahren erforderlich werden, richtet sich die Aufbewahrungsfrist nach den geltenden zivil-, straf- oder bußgeldrechtlichen Verjährungstatbeständen.

DATENSCHUTZINFORMATIONEN FÜR HINWEISGEBENDE PERSONEN (M/W/D)
UNSER UMGANG MIT IHREN DATEN UND IHRE RECHTE
INFORMATIONEN NACH ART. 13, 14, 21 DER DATENSCHUTZ-GRUNDVERORDNUNG (DS-GVO)

6. WERDEN DATEN IN EIN DRITTLAND ÜBERMITTELT?

Eine Drittlandübermittlung ist nicht geplant und/oder beabsichtigt.

Eine Drittlandübermittlung kann im Falle von Ermittlungsmaßnahmen allerdings erforderlich werden. Soweit für das Drittland ein Angemessenheitsbeschluss vorliegt, ist dieser Grundlage der Drittlandübermittlung (Art. 45 Abs. 3 DS-GVO). Besteht ein solcher nicht, sind Grundlage der Datenübermittlung geeignete Garantien im Sinne von Art. 46 Abs. 1 und 2 DS-GVO, insbesondere der Abschluss von Standarddatenschutzklauseln (Art. 46 Abs. 2 lit. c DS-GVO). Bestehen auch solche nicht, ist Rechtsgrundlage das öffentliche Interesse (Art. 49 Abs. 1 lit. d DS-GVO) oder die Vorbereitung der Durchsetzung von oder Verteidigung gegen Rechtsansprüche (Art. 49 Abs. 1 lit. e DS-GVO).

7. WELCHE WEITEREN DATENSCHUTZRECHTE HABE ICH?

7.1 IHNEN ZUSTEHENDE RECHTE

Sie haben unter den jeweiligen gesetzlichen Voraussetzungen das Recht auf Auskunft (Art. 15 DS-GVO, § 34 BDSG), auf Berichtigung (Art. 16 DS-GVO), auf Löschung (Art. 17 DS-GVO, § 35 BDSG), auf Einschränkung der Verarbeitung (Art. 18 DS-GVO), auf Widerspruch (Art. 21 DS-GVO) sowie auf Datenübertragbarkeit (Art. 20 DS-GVO).

Außerdem haben Sie ein Beschwerderecht bei der zuständigen Datenschutzaufsichtsbehörde (Art 77 DS-GVO, § 19 BDSG).

7.2 EINSCHRÄNKUNG DER RECHTE

Das Recht, eine Löschung personenbezogener Daten zu verlangen, kann eingeschränkt sein, wenn wir die betreffenden personenbezogenen Daten künftig noch zur Abwehr oder Durchsetzung von rechtlichen Ansprüchen, wozu auch straf- und verwaltungsrechtliche Verfahren zählen, benötigen (Art. 17 Abs. 3 lit. e DS-GVO) oder wenn wir einer rechtlichen Verpflichtung zur Verarbeitung unterliegen, die auch in einer vertraglichen oder satzungsmäßigen Aufbewahrung liegen kann (Art. 17 Abs. 3 lit. b DS-GVO, § 35 Abs. 3 BDSG).

Das Recht, eine Auskunft über die gespeicherten Daten zu erhalten, kann eingeschränkt sein, wenn hierdurch Informationen offenbart würden, die nach einer Rechtsvorschrift oder ihrem Wesen nach, insbesondere wegen der überwiegenden berechtigten Interessen eines Dritten, geheim gehalten werden müssen, also insbesondere, wenn der Zweck des Hinweissystems und/oder unsere gesetzliche Pflicht Hinweisen nachzugehen dadurch vereitelt wurde (§ 29 Abs. 1 S. 2 BDSG).

8. INWIEWEIT BESTEHT EINE AUTOMATISIERTE ENTSCHEIDUNGSFINDUNG IM EINZELFALL?

Bei dem Betreiben des Hinweissystems sowie bei der Entgegennahme und Bearbeitung Ihrer Meldung nutzen wir keine automatisierte Entscheidungsfindung gemäß Art. 22 DS-GVO. Sollten wir diese Verfahren in Einzelfällen einsetzen, werden wir Sie hierüber gesondert informieren, sofern dies gesetzlich vorgegeben ist.

9. INWIEWEIT WERDEN MEINE DATEN FÜR DIE PROFILBILDUNG GENUTZT?

Wir verarbeiten Ihre Daten nicht mit dem Ziel, bestimmte persönliche Aspekte zu bewerten (sog. „Profiling“).

10. BESTEHT FÜR MICH EINE PFLICHT ZUR BEREITSTELLUNG VON DATEN?

Hinweisgebende Personen können Meldungen über das von uns beauftragte Hinweissystem ohne Angabe ihrer personenbezogenen Daten eingeben. Ohne die Angabe personenbezogener Daten und gegebenenfalls ohne die Angabe weiterer Daten während der Aufklärung des Hinweises kann die Bearbeitung und Aufklärung des Hinweises oder auch die Kommunikation mit der hinweisgebenden Person jedoch erschwert und gegebenenfalls unmöglich sein.

11. WELCHE WIDERSPRUCHSRECHTE HABE ICH? (ART. 21 DS-GVO)

Sie haben das Recht, aus Gründen, die sich aus Ihrer besonderen Situation ergeben, jederzeit gegen die Verarbeitung Sie betreffender personenbezogener Daten, die aufgrund von Art. 6 Abs. 1 lit. f DS-GVO (Datenverarbeitung auf der Grundlage einer Interessenabwägung) erfolgt, Widerspruch einzulegen; dies gilt auch für ein auf diese Bestimmung gestütztes Profiling im Sinne von Art. 4 Nr. 4 DS-GVO.

Legen Sie Widerspruch ein, werden wir Ihre personenbezogenen Daten nicht mehr verarbeiten, es sei denn, wir können zwingende schutzwürdige Gründe für die Verarbeitung nachweisen, die Ihre Interessen, Rechte und Freiheiten überwiegen, oder die Verarbeitung dient der Geltendmachung, Ausübung oder Verteidigung von Rechtsansprüchen.

Der Widerspruch kann formfrei erfolgen und sollte möglichst gerichtet werden an die unter Ziffer 1 genannten Kontaktmöglichkeiten.

12. HINWEIS FÜR UNSERE BESCHÄFTIGTE

Soweit Sie auch bei uns beschäftigt sind, gelten ergänzend zu diesen Datenschutzhinweisen auch die Datenschutzhinweise für Beschäftigte, wie diese Ihnen bereits zur Verfügung gestellt wurden.

Stand: Dezember 2023